

Protokoll

**19. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Controlling
vom 02.03.2021, Kreishaus A 128 (ehem. Kantine)**

Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 1. Genehmigung des Protokolls der 18. Ausschusssitzung vom 19.11.2020
- 2. Aktuelle Entwicklung des Budgets im Haushalt 2021 des Landkreises Lüchow-Dannenberg (ständiger TOP)
- 3. Haushaltsabschluss 2019 – Beschluss über 2021/764
 - a. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019
 - b. den Jahresabschluss 2019
 - c. die Entlastung des Landrates für das Jahr 2019
- 4. Befristete Stellenmehrung auf Grund der Corona-Pandemie 2021/791
- 5. Einwohnerfragestunde
- 6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 6.1. Sachstand Rettungsdienst (mdl. Bericht)

Nicht öffentlicher Teil

- 6.2. .
- 7. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
- 8. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

Anwesend:

KTA Carmienke, Christian - Vorsitzender
KTA Allgayer-Reetze, Patricia
KTA Bade, Heike
KTA Hanke, Herbert
KTA Kelm, Andreas
KTA Maury, Hans-Udo
KTA Petersen, Torsten
KTA Hensel, Thorsten
Landrat Schulz, Jürgen
Ehrhardt, Stephanie, Stabsstellenleitung Controlling
Erlebach, Sylvia - Fachdienstleitung Finanzen
Rutzen, Julia, Fachdienst Personal und Zentrale Dienste
Teschner, Lena, Auszubildende

Es fehlen:

KTA Gottberg, Wilhelm von

entschuldigt

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 15:55 Uhr
nichtöffentlicher Teil: 15:37-15:55 Uhr

Öffentlicher Teil

. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
--

Der Vorsitzende **KTA Carmienke** begrüßt die Anwesenden und eröffnet den öffentlichen Sitzungsteil um 15:00 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit mit 7 Mitgliedern fest.

1. Genehmigung des Protokolls der 18. Ausschusssitzung vom 19.11.2020

Anmerkungen zum Protokoll bestehen seitens der Ausschussmitglieder nicht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

2. Aktuelle Entwicklung des Budgets im Haushalt 2021 des Landkreises Lüchow-Dannenberg (ständiger TOP)

SL Ehrhardt hat erläutert die Sitzungsvorlage. Die großen Unterschiede bei den Ausschöpfungsgraden hängen damit zusammen, dass zum Teil quartalsweise oder nur einmal jährlich mit dem Land abgerechnet werde oder Erträge bereits im Vorfeld eingebucht worden seien wie beispielsweise im Budget 7 bei der Abfallwirtschaft.

Beim Budget 2 im Produkt Rettungsdienst seien derzeit nur 650 Euro gebucht, da aktuell noch das letzte Haushaltsjahr abgerechnet werde und es deshalb in das Haushaltsjahr 2020 gebucht wurde. Dieser Betrag werde sich noch verändern. Genaueres werde unter TOP 6.1 angesprochen.

KTA Maury merkt an, dass aus den Ergebnissen des Haushaltsjahres 2019 für das Gebäudemanagement große Diskrepanzen zwischen den Rechnungsergebnissen und den Planungen aufgefallen seien, besonders im Bereich Strom und Gas. Er stellt die Frage, ob das Controlling solche Auffälligkeiten auch kontrolliere und berücksichtige.

FDL Erlebach berichtet, dass diese Diskrepanzen ebenfalls aufgefallen und beim Gebäudemanagement schon häufiger angemerkt worden seien. Das habe dazu geführt, dass der Landkreis im Jahr 2019 600.000 Euro der Personal- und Bewirtschaftungskosten zurückbekommen habe. Für 2021 plane das Gebäudemanagement erstmals den Energieverbrauch deutlich geringer.

KTA Maury betont, dass diese Diskrepanzen sich durch den ganzen Haushalt des Gebäudemanagements ziehen. Im Rechnungsergebnis seien 4.000 Euro für den Strom für die Schulen angegeben, angesetzt waren für Jahr 2020 12.000 Euro und für das Jahr 2021 ein bisschen weniger. Dies verfälsche den Haushalt und gebe ein völlig falsches Bild ab. Es sei klar, dass Energiekosten teurer werden würden, aber nicht in diesem Maße.

FDL Erlebach betont nochmal, dass der Landkreis im Gespräch mit dem Gebäudemanagement sei und für 2020 eine erhebliche Rückzahlung angekündigt worden sei. Sie stellt klar, dass solche Diskrepanzen die Haushaltsplanung nicht vereinfachen und deshalb darauf geachtet werde, dass die Ergebnisse mit den Vorjahresergebnissen passen. Durch die EEG-Umlage im Energiebereich könne auch schwer beurteilt werden, ob die Differenzen gerechtfertigt seien. Aber man sei auf einem guten Weg, dass die Ergebnisse des Gebäudemanagements in Zukunft näher am Ansatz seien.

Kenntnis genommen

3. Haushaltsabschluss 2019 – Beschluss über	2021/764
a. die Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2019	
b. den Jahresabschluss 2019	
c. die Entlastung des Landrates für das Jahr 2019	

KTA Hanke erklärt, dass der Haushalt nach wie vor als angespannt bezeichnet werde mit einem hohen Verschuldungsgrad von 85 % und einer Eigenkapitalquote von 9%. Ihm seien die Anmerkungen zu den besonderen Risiken, die auch zu außergewöhnlichen Belastungen führen könnten, aufgefallen. Er erkundigt sich nach dem Sachstand der evtl. Forderungsausfälle bei der Großschlachtereier.

FDL Erlebach erklärt, dass dies keine Auswirkungen auf den Haushalt habe, jedoch letztendlich auf die Bilanz.

Der Landkreis habe noch Forderungen gegen den Großschlachtbetrieb in Höhe von 3,3 Millionen Euro und auch angemeldete Insolvenzen. Ein Teil davon sei bestritten worden. Das Klageverfahren habe der Landkreis verloren.

Der Plan sei, die Forderungen mit dem Jahresabschluss 2020 abzuschreiben. Da das Jahresergebnis 2020 aufgrund einer Bedarfszuweisung relativ gut ausfallen werde, könnten diese Forderungen dann bereinigt werden. Für den Haushalt an sich habe das keine Auswirkungen mehr. Für die Nettoposition habe das grundsätzlich Auswirkungen, weil die Forderungen bzw. die Aktivseite dann reduziert werde.

KTA Hanke hat noch eine weitere Anmerkung zur Großschlachtereier. Es wurde bereits angefragt, ob diese Verschuldung Auswirkungen auf den Zukunftsvertrag habe. Dies wurde verneint. Er vergewissert sich, ob die Konsolidierungspflicht bestehe.

FDL Erlebach antwortet, dass es als außergewöhnliches Ereignis im Rahmen des Zukunftsvertrag anerkannt wurde, sodass die Konsolidierungspflicht entfalle.

Der Kreistag beschließt,

- a. die im Haushaltsjahr 2019 geleisteten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von unerheblicher Bedeutung (unterhalb von 50.000,- EUR bzw. 10.000,- EUR) zur Kenntnis zu nehmen und denjenigen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die oberhalb der vorgenannten Grenzen liegen, nachträglich zuzustimmen,
- b. den Jahresabschluss 2019 gem. § 129 Abs. 1 NKomVG zu beschließen und
- c. dem Landrat für das Haushaltsjahr 2019 uneingeschränkte Entlastung zu erteilen

- a) Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja-Stimmen: 7, Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
- b) Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja-Stimmen: 7, Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
- c) Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja-Stimmen: 7, Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0

4. Befristete Stellenmehrung auf Grund der Corona-Pandemie	2021/791
---	----------

Frau Rutzen erläutert den Sachverhalt gemäß Sitzungsvorlage 2021/791.

KTA Kelm fragt, wie die Regelung für die Überstunden der Mitarbeiter sei.

Frau Rutzen erklärt, dass es selten zu Auszahlungen komme, sondern die Stunden auf den Zeitarbeitskonten gutgeschrieben werden.

KTA Carmienke merkt an, dass es während der Flüchtlingskrise ebenfalls zu Stellenmehrungen gekommen sei und fragt, was aus diesen befristeten Stellen geworden sei und bittet um eine Zusammenstellung für die nächste Ausschusssitzung.

LR Schulz bestätigt, dass ein Teil dieser Stellen befristet gewesen sei. Der andere Teil der unbefristeten Stellen sei im Hause durch Personalverschiebungen und Personalbedarf untergebracht worden. Er begrüßt ebenfalls eine Zusammenstellung über die befristeten und unbefristeten Stellen und ihren Verbleib.

KTA Petersen fragt, ob man die zusätzlichen Personalkosten von 480.000 Euro durch die Corona-Pandemie irgendwo geltend machen könne.

LR Schulz erklärt, dass dies momentan noch nicht absehbar sei. Laut dem Bund sollten die Gesundheitsämter gestärkt werden.

Vom Land seien bereits Entschädigungen eingegangen. Momentan könne man nur hoffen, dass dem Landkreis Ausgleichszahlungen gezahlt werden. LR Schulz verweist deutlich darauf, dass das Land Niedersachsen Anfang Dezember den Katastrophenalarm ausgelöst habe. Der Landkreis leiste seit Monaten Amtshilfe für das Gesundheitsamt. Aktuell seien 80 Mitarbeiter des Hauses seit Monaten im Wechseldienst tätig für das Gesundheitsamt. Diese Coronapandemie sei anders als die Hochwasserlage. Diese habe immer nur 14 Tage angedauert. Die Pandemie begleite die Kreisverwaltung wesentlich länger. Die Arbeit im Rahmen von Corona verlaufe gut. Die Zahlen im Landkreis seien relativ übersichtlich. Die Mitarbeiter seien immer in der Lage gewesen die Kontakte und Infektionsketten nachzuvollziehen.

KTA Carmienke fragt, ob die zusätzlichen Stellen nur für Personal die im Rahmen der Corona-Pandemie eingesetzt werden.

LR Schulz teilt mit, dass aus sämtlichen Bereichen Mitarbeiter im Gesundheitsamt tätig seien. Eine exakte Stellenzuweisung sei momentan noch nicht möglich und müsse dann nach Bedarf entschieden werden.

KTA Hensel spricht zunächst einen Dank an das Personal aus für die zusätzliche Arbeit. Er fragt, warum die

Stellen für ausgerechnet 2 Jahre befristet seien und wie der Bedarf an 8 Vollzeitstellen ermittelt worden sei.

Frau Rutzen antwortet, dass ein Ende der Corona-Pandemie momentan noch nicht abzusehen sei. Es müsse erheblich nachgearbeitet werden, da viele Aufgaben des Personals am Ursprungsarbeitsplatz nicht oder nicht in vollem Umfang bearbeitet werden könnten. Daher erschiene ein Wert von 2 Jahren als sinnvoll. Die Anzahl der neuen Stellen habe man aus den Stunden ermittelt.

LR Schulz weist daraufhin, dass es aktuell schwierig sei, geeignetes Personal zu finden. Er betont, nur weil der Ausschuss und später eventuell der Kreistag die Stellenmehrung beschließe, bedeute es nicht, dass das benötigte Personal auch gefunden werde. Die Stellenbefristung auf 2 Jahre sei an den Arbeitsmarkt angepasst.

KTA Bade betont ebenfalls, dass man die Arbeitsmarktsituation beachten müsse.

KTA Hanke stimmt den Anmerkungen zu, dass es momentan schwierig sei, qualifiziertes Personal zu finden.

KTA Kelm erkundigt sich, ob die neuen 8 Stellen unterschiedliche Bewertungen haben.

Frau Rutzen bejaht dies.

LR Schulz macht deutlich, dass in Zukunft neue Wege gefunden werden müssten, um die Personalprobleme zu lösen. Zum Teil sind die neuen Stellen, auch Assistenzkräftestellen, bei denen man keine Verwaltungsausbildung brauche.

KTA Maury ergänzt, dass ebenfalls bedacht werden müsse, dass die Auflösung des Zweckverbandes des Gesundheitsamtes zu weiterem Personalbedarf führe. Deshalb seien 2 Jahre eine gute Wahl.

Es erfolgt eine auf zwei Jahre befristete Stellenmehrung um 8,0 VZÄ aufgrund der Corona-Pandemie.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen, Ja-Stimmen: 6, Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1

5. Einwohnerfragestunde

KTA Carmienke eröffnet und schließt die Einwohnerfragestunde um 15:26 Uhr.

6. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

6.1. Sachstand Rettungsdienst (mdl. Bericht)

SL Ehrhardt berichtet über den aktuellen Stand der Budgetverhandlungen für 2020 und 2021.

Am 29.01.2021 habe es eine abschließende Telefonkonferenz mit den Krankenkassen gegeben. Für das Jahr 2020 seien hier noch offene Punkte thematisiert worden. Diese seien die Mehrarbeitsstunden für die Beauftragten und die Einzelwertberichtigungen mit insgesamt einer Summe um 25.000 Euro gewesen, die der Landkreis im Nachhinein von den Krankenkassen erstattet bekomme.

Die Budgets für 2021 habe die Verwaltung ebenfalls ausgehandelt mit zwei strittigen Punkten. Diese waren zum einen die Personalkosten für den Leistellenverbund, die nun explizit mit in die Vereinbarung aufgenommen werden sollten und zum anderen, die Corona-Kosten bzw. die Mehrkosten die im Rahmen des Rettungsdienstes, aufgrund der Corona-Pandemie entstanden seien. Diese sollten ebenfalls mit in die Vereinbarung aufgenommen werden.

Insgesamt liege das Budget für 2021 bei insgesamt 6,4 Millionen Euro. In 2019 lagen die Erträge bei 4,2 Millionen Euro, was nicht ausreichend gewesen sei. Aktuell seien die Erträge bei 6,5 Millionen Euro für das Jahr 2020. Es müsse hier beachten werden, dass die Entgeltvereinbarung mit den hohen Entgeltsätzen erst zum 01.04.2020 beschlossen wurde. Daher werde damit gerechnet, dass die Erträge in diesem Jahr höher ausfallen.

Der Verwaltung sei aber auch bewusst, dass die Beauftragten und der Landkreis stetig steigende Personalkosten hätten, sodass mit stetig steigenden Entgelten gerechnet werde. Zeitnah solle eine neue Entgeltvereinbarung kommen, die zuvor aber noch in den Kreistag müsste.

KTA Hanke erkundigt sich, ob die Erträge von 6,5 Millionen Euro im Jahr 2020 oder 2021 betragen.

SL Ehrhardt antwortet, dass die 6,5 Millionen für das Jahr 2020 seien. Vom 01.01. bis Ende März 2020 galten noch die geringeren Entgeltsätze. Deshalb komme es in diesem Jahr zu mehr Erträgen, vorausgesetzt, dass die Einsatzzahlen auf dem gleichen Niveau, wie in 2020, blieben.

KTA Maury merkt an, dass es mal im Gespräch gewesen sei, die Verhandlungen mit den Krankenkassen in professionellere Hand zu geben. Er fragt, ob es hier Veränderungen gegeben habe oder wer mit den Krankenkassen verhandle.

SL Ehrhardt berichtet, dass die Verhandlungen von dem Fachdienstleiter des Ordnungsamtes, Frau Löser und von ihr selbst seitens der Kreisverwaltung geführt werden würden. Zudem werde mit dem Arbeitskreis Rettungsdienst intensiver zusammengearbeitet.

LR Schulz bestätigt, dass es Gespräche gegeben habe, die Verhandlungen in professionelle Hand zu geben.

Diese Thematik habe der Landkreis beim Spitzenverband Niedersächsischer Landkreistag angesprochen und es sei zum Teil auch Thema in den Ländräte-Konferenzen gewesen. Es hätten alle Landkreise die gleichen Probleme auf der Verhandlungsebene mit den Krankenkassenvertretern, aber die Lösung des Problems sehe man sehr unterschiedlich. Eine Zusammenarbeit der Landkreise und die Übergabe der Verhandlungen an professionelle Fachleute werde größtenteils nicht begrüßt. Es gebe zwischen den Landkreisen keine Einigkeit.

Kenntnis genommen

6.2. Anfrage von KTA Maury bzgl. der Umsatzsteuer

KTA Maury verweist darauf, dass zum Ende 2022 das Umsatzsteuerproblem erneut auftreten werde. Er fragt, ob es hier bereits Gespräche mit dem Finanzamt oder mit anderen Steuerverwaltungen gebe, besonders in Bezug auf das Gebäudemanagement.

FDL Erlebach antwortet, dass zum 01.01.2023 die Übergangsfrist auslaufe. Es gebe deutliche Hinweise von den Steuerberatern und der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, dass eine verbindliche Anfrage an das Finanzamt vermutlich nicht im Sinne des Landkreises ausfallen werde, weil es zu wenig Rechtsprechung gebe. Es betreffe insbesondere die Personalkosten der Anstalt von 1,2 Mio. Es werde geschaut, wie der Landkreis diese Dienstleistungen reduzieren könne, in dem man Hausmeister und Reinigungskräfte zu den Trägern zurücknehme. Von einer verbindlichen Auskunft möchten die Träger momentan noch absehen.

LR Schulz teilt mit, dass es möglich sein könnte, das Vermögen in die Gebäudewirtschaft hineinzugeben wie der Landkreis Uelzen, sodass der Landkreis vorsteuerabzugsberechtigt sei. Dies solle geprüft werden.

KTA Maury ergänzt, dass dies ein Thema sei, welches dann in diesem Fachausschuss behandelt werden müsse.

KTA Hanke stellt klar, dass man dann auch das ganze Konstrukt prüfen müsse und ob es überhaupt Sinn mache, im Gebäudemanagement zu bleiben.

Kenntnis genommen

Nichtöffentlicher Teil

7. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

KTA Carmienke eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung um 15:37 Uhr.


Vorsitzender


Protokollführung